

**Grußworte des Landesvorsitzenden zum Weltbehindertentag 2011  
Liebe Vereinsmitglieder und Freunde! Sehr geehrte Gäste und Künstler,  
Herzlich Willkommen!**

Heute, am 3. Dez., ist Weltbehindertentag und anlässlich dieses Tages finden sich überall auf der Welt Menschen zusammen, die auf die Diskriminierung und Benachteiligung von Menschen mit Behinderungen in den Gesellschaften aufmerksam machen. Unter dem Motto: Inklusion – Dabei sein von Anfang an! wollen wir unseren Ehrentag festlich begehen und uns bei allen Mitstreiterinnen und Mitstreitern für die Unterstützung bedanken sowie Kraft und Zuversicht für die Herausforderungen des neuen Jahres gewinnen. Ich freue mich, dass Sie nach Malchow gekommen sind und grüße all jene, die heute die Barrieren nicht überwinden konnten.

Sich der eigenen Stärken bewusst werden, Interessen artikulieren und Zukunftsvisionen entwickeln und ausloten, wie wir unser Leben gestalten wollen, sind die Herausforderungen, denen wir uns alle **immer wieder** stellen. Die UN-Behindertenrechtskonvention steht deshalb im Mittelpunkt unserer Aktivitäten.

Die UN-Behindertenrechtskonvention ist ein Menschenrechtsdokument mit Wirkung für die gesamte Gesellschaft. Denn jeder Mensch wird als unverzichtbarer Bestandteil der Gesellschaft begriffen. Je mehr Menschen sich mit ihren Fähigkeiten in einer Gesellschaft einbringen können, desto vielfältiger gestaltet sich die Gemeinschaft. Und je mehr Vielfalt sichtbar wird, desto mehr Unterschiedlichkeit wird akzeptiert, denn Vielfalt ist der eigentliche Reichtum einer Gesellschaft.

Trotzdem gibt es immer noch viele Widerstände, Vorurteile und Ablehnung, das neue Menschenbild in politisches Handeln umzusetzen. Noch immer wird „Behinderung“ als Problem des Einzelnen betrachtet, häufig wird er/sie/es damit allein gelassen und zusätzlich werden selbst Angehörige diskriminiert. Die UN-Behindertenrechtskonvention fordert einen veränderten Blick auf diesen gesellschaftlichen Umgang, denn Behindert ist man nicht, behindert wird man!

Sehr geehrte Mitglieder, als Visionen der Zivilgesellschaft werden unsere Forderungen im Nationalen Aktionsplan der Bundesregierung zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention abgetan!

Obwohl eine überwältigende Mehrheit von 86 Prozent der Bevölkerung einen Nationalen Aktionsplan, in dem grundsätzliche Ziele und konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Situation von Menschen mit Behinderungen festgeschrieben sind, begrüßt, ist das vorgelegte Dokument der Bundesregierung völlig unzureichend.

Immerhin im Bundesland Nordrhein – Westfalen wurde in diesem Jahr ein Normenkontrollverfahren eingeleitet, um festzustellen, welche Landesgesetze im Hinblick auf die UN-Behindertenrechtskonvention novelliert werden müssten.

Der Bundesgesetzgeber aber auch die Ländergesetzgeber/in in MV sehen dagegen noch keinen Handlungsbedarf. Ein landesweiter Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im Land Mecklenburg-Vorpommern ist dringend erforderlich.

Die UN- Behindertenrechtskonvention bekräftigt in ihrer Präambel die wertvollen Beiträge, die Personen mit Behinderungen für eine insgesamt positive Entwicklung und für die innere Vielfalt der Gemeinschaften und bei der Umsetzung von Aktionsplänen leisten können. Eine Voraussetzung dafür sind jedoch gleiche Chancen und Ressourcen.

Im Koalitionsvertrag der SPD-CDU-Regierungsfraction kommen wir nur am Rande vor. Bei Finanzen, Personalentwicklung, Tourismus, Raumplanung, Hochschulbildung, Arbeitsmarktpolitik, Kinder-, Jugend- und Familienpolitik, Medien werden wir ausgespart, bei der Pflege und dem Sozialhilfefinanzierungsgesetz gibt es keine neuen Ansätze. Bei Verkehr, Bauen und Wohnen kommt man an mobilitätseingeschränkte Bürger/innen nicht

gänzlich vorbei, im Bereich der Schul-Bildung wird die UN-BRK zwar formal anerkannt, soll aber erst bis 2020 behutsam geplant werden. Allerdings ein separierender Abschnitt – Inklusion (290 -295) – ist eingefügt. Der Landtag wird in seiner 6. Wahlperiode über unsere Belange entscheiden, ohne dass Landtagsabgeordnete mit Behinderungserfahrung mitbestimmen können.

Unsere Interessenvertretung im Parlament wird dadurch nicht einfacher!

Die Zukunft wird ohne uns geplant und gestaltet.

Mit Besorgnis sehen wir, dass rechtsextremistische Einstellungen in Mecklenburg und Vorpommern unter Jugendlichen inzwischen großen Zuspruch und gezielt rechtsextremistische Positionen Verbreitung finden, aber wie die Wahlergebnisse bei der letzten Landtagswahl zeigen, durchaus auch von deren Eltern und Großeltern als wählbare Alternative angesehen werden.

Dennoch sind die in den Medien und auch durch Werbung vermittelten Bilder und Deutungsmuster einer inklusiven Gesellschaft vielfach unbefriedigend oder problematisch: Sie zeichnen ein unzureichendes, unvollständiges Bild von der Lebenswirklichkeit behinderter Menschen und dokumentieren oder begünstigen ein Image (Fremdbild), das nur wenig Übereinstimmung mit dem Selbstbild - der kollektiven oder subjektiven Identität – und den Leistungen behinderter Menschen für die Gesellschaft aufweist.

Angesichts dieser Entwicklung fordern wir von der Landespolitik die Stärkung unserer demokratischen Grundrechte und bessere Teilhabemöglichkeiten, das schließt eine verlässliche auch finanzielle Förderung unserer Interessenvertretung und Initiativen ein.

Die Befürchtungen, dass die Belange von Menschen mit Behinderungen bei der Kreisgebietsreform unter den Tisch fallen, scheinen sich zu bestätigen.

In den Landkreisen werden die strukturellen Veränderungen erst geplant und vorbereitet. Behindertenbeauftragte und Behindertenbeiräte sind noch nicht berufen.

Es wird von einer langen Sondierungs- und Planungsphase im Jahr 2012 ausgegangen. Arbeitsfähig sind die neuen Kreise bis jetzt noch nicht.

Trotzdem sehe ich in der Landkreisneuordnung eine Chance, die Lebensbedingungen für Menschen mit Behinderungen grundlegend zu verbessern und gehe davon aus, dass sich die Landkreise und die Gemeinden im Bereich der kommunalen Selbstverwaltung an die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention gebunden fühlen.

Diesen Prozess werden wir kritisch begleiten müssen!

Unser Beitrag, den wir für die Zivilgesellschaft geleistet haben und leisten muss endlich anerkannt werden, denn eine inklusive Gesellschaft kommt schließlich allen Bürgerinnen und Bürgern zu gute. Eine humanistische und solidarische Gesellschaft ebenfalls.

### **Liebe Mitglieder und Freunde, Werte Gäste,**

Am heutigen Tag möchte ich Sie auf die wertvollen Beiträge, die Personen mit Behinderungen und Menschen in unseren Vereinen für eine insgesamt positive Entwicklung und für die innere Vielfalt der Gemeinschaften leisten, einmal aufmerksam machen. Trotz vielfacher Behinderungen und gesellschaftlicher Benachteiligungen, trotz häufig geringer finanzieller Unterstützung und Ressourcen lassen sie sich nicht entmutigen und setzen sich mit ganzer Kraft für andere Menschen, für ihren Verein, für eine solidarische Gesellschaft ein. Dieses Engagement macht uns Mut und gibt uns Kraft und hilft uns!

Würdigung - Ich bitte Frau Marion Scheffler, Herrn Gerd Rau, Frau Gisamaria Fürstner, Herrn Günther Bischof, Herrn Erhard Heise, Herrn Christian Schad - nach vorn!

P. Braun, Malchow, am 3. Dez. 2012

Sperrfrist Redebeginn 14.00 Uhr: Es gilt das gesprochene Wort